

Zivilmacht ohne Zivilcourage?

Christian Hacke

Die Zeitenwende 1990 brachte zwar für Mitteleuropa Stabilität, doch an seiner Peripherie breiteten sich Kriege und Konflikte aus, auf die die demokratischen Staaten mit mannigfaltigen Interventionen zu humanitären Zwecken reagiert haben. Deutschland verpflichtete sich im Gemeinschaftsrahmen zu „Export von Stabilität“. Doch haben die vergangenen zwei Jahrzehnte gezeigt, dass Anspruch und Wirklichkeit beim sogenannten „Stabilitätsexport“ zu selten harmonisierten: Im Gegenteil, vom Golf-Krieg gegen den Irak 1990 bis zur Intervention in Libyen 2011 hat sich gezeigt, dass Deutschland Verpflichtungen eigentlich nur im zivilen Bereich nachgekommen ist. Als „Zivilmacht“ konnte es vielfach überzeugen. Wenn jedoch harte militärische Macht gefordert war, hat sich Deutschland in der Regel davon freigekauft. Im Golf-Krieg 1990 übernahm Deutschland mit zwanzig Milliarden D-Mark etwa ein Drittel der gesamten Kriegskosten, stellte aber keine Truppen bereit.

Nach der risikoreichen diplomatischen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens 1992 versäumte es Deutschland, diese kraftvoll abzusichern. Als sie von Milosevic zum Vorwand genommen wurde, den Balkan mit Krieg zu überziehen, überließen Deutschland und Europa jedoch die Völker des Balkans ihrem Schicksal. Auch als 1992 die USA mit anderen Staaten im Auftrag der UNO in Somalia gegen Hunger und Bürgerkrieg voringen, fehlte Deutschland. Als Bundeswehr-Soldaten schließlich im Mai 1993 in Somalia

landeten, war ihr Einsatz überflüssig geworden.

Auch als Deutschland in den Kosovo-Krieg 1998 erstmals militärisch mit eingriff, fehlte Opferbereitschaft. Hinter der bombastischen Formel „Nie wieder Krieg – Nie wieder Auschwitz“ verbarg sich keine Zivilcourage. Der Krieg wurde von den Alliierten, wenn auch spät, nur aus der Luft geführt. Deutschland war zu keinem Zeitpunkt mit eigenen Kampfflugzeugen beteiligt, sondern praktizierte lediglich sichere Aufklärung.

Zweifelhaftes Engagement in Afghanistan

Erst am Krieg gegen den Terror beteiligt sich Deutschland zum ersten Mal direkt militärisch in Afghanistan und übernahm nach der Petersberg-Konferenz 2001 zunächst optimistisch und einfallreich die Führungsrolle beim Wiederaufbau. Doch nach dem Wiedererstarken der Taliban verspielte Deutschland seinen guten Ruf als Führungsmacht, weil es sich im Kampf gegen die Rebellen militärisch verweigerte, die Partner militärisch im Stich ließ und sich im Norden des Landes einigelte, anstatt seinen militärischen Pflichten uneingeschränkt und im ganzen Land nachzukommen. Auf diese Weise wurden die vier Ziele in Afghanistan verfehlt, schlimmer noch – die Taliban sind stärker geworden, El Kaida konnte nicht vertrieben, die Bevölkerung nicht geschützt werden, und eine neue gerechte und stabile Staatsordnung rückt in weite Ferne.

Trotz des Mangels an Zivilcourage und militärischem Engagement und unübersehbarer Gleichgültigkeit gegenüber der NATO suggeriert Berlin bis heute der Öffentlichkeit den Eindruck, dass der zivile Aufbau als deutsche Alternative zur militärischen Konfliktbewältigung in Afghanistan erfolgreich wäre. Nichts könnte abwegiger sein. In Wirklichkeit hat Deutschland die Warlords und Taliban in den Nordprovinzen seit zehn Jahren stabilisiert. Dank deutscher Drückbergerei halten sich diese am Gemeinwesen schadlos und festigen ihre eigenen skrupellosen Machtstrukturen. Heute konzentriert sich Deutschland in Afghanistan nur noch auf ein Ziel – den eigenen möglichst schnellen und geräuschlosen Abzug. Als Fazit lässt sich festhalten: Alle Bundesregierungen haben sich seit 1990 vor militärischem Engagement im Bündnis und/oder bei humanitären Interventionen gedrückt.

Orientierung an Stimmungen statt an Werten

Der pazifistischen Grundstimmung in der Bevölkerung wurde aus wahltaktischen Gründen in der Regel nachgegeben. Dabei haben es alle Regierungen innerhalb der letzten zwanzig Jahre mehr oder weniger versäumt, die eigene Bevölkerung von der Notwendigkeit der Opferbereitschaft im Bündnis zur Wahrung der Werte und Interessen zu überzeugen.

Stattdessen handelte Deutschland nach folgendem Grundmuster: Es zeigte sich entsetzt über Krieg und Gräuel, forderte bündnispolitische Solidarität, verwies auf die eigenen verfassungspolitischen Grenzen, griff zum Scheckbuch, kaufte sich frei und betonte anschließend den ungebrochenen Friedenscharakter deutscher Außenpolitik. Diese außenpolitische Handlungsweise hatte wenig mit politischer Solidarität, aber viel mit Freikauf zu tun.

Euphemistisch wurde diese Haltung zur „außenpolitischen Kultur der Zurückhaltung“ stilisiert. Doch zeigt sich immer klarer, dass die viel notwendigere „Kultur der außenpolitischen Verantwortung“ dabei auf der Strecke geblieben ist.

Einen deklaratorischen Ausweg suchten alle Bundesregierungen mit der Propagierung der „Vernetzten Sicherheit“. Weil dabei lediglich auf die zivilen Aufbauleistungen verwiesen, das militärische Versagen jedoch verdrängt wurde, steht „vernetztes Sicherheit“ deutscher Manier für post-heroische Kapriolen, verknüpft mit selbstgerechter Betonung der zivilen Maßnahmen, die außerhalb Deutschlands aber als gering eingeschätzt werden.

Nicht mehr auf Augenhöhe mit den Verbündeten

Deutschland handelt also sicherheitspolitisch nicht mehr auf Augenhöhe mit den NATO-Verbündeten. Auch wurde die Chance verpasst, die notwendigen, aber unpopulären militärischen Erfordernisse einer vernetzten Sicherheitsstrategie für Afghanistan der eigenen Bevölkerung couragiert zu begründen. Die Folgen sind bedenklich: Weil sich in Berlin die außenpolitischen Entscheidungsträger aller Parteien bis heute scheuen, die eigene Bevölkerung angemessen über die neuen militärischen Anforderungen an Deutschland aufzuklären, kann keine adäquate Sicherheitskultur im Land entstehen. Auch vertieft sich der Graben im Westen zwischen denjenigen, die bereit sind, militärisch gegen die Gräuel von Diktatoren vorzugehen, wenn dies die UNO fordert, und denjenigen wie Deutschland, die sich verweigern.

Streng gesehen, war und ist der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zweckentfremdet. Er blieb weitgehend in nicht militärischen Leistungen und organisatorischer Selbstbeschäftigung stecken. Auf

dem Balkan und in Afghanistan hat Deutschland wichtige zivile Beiträge geleistet, die militärischen Anteile müssen aber sichtbar ansteigen, gerade um die zivilen Errungenschaften zu sichern!

Vor dem Hintergrund der Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre erstaunt es wenig, dass Deutschland in der Libyen-Krise seine zivile Sonderwegmentalität beibehält, selbst als Gaddafi seine Schergen anwies, die Rebellion für Freiheit und Menschenrechte mit massiver Gewalt niederzuschlagen. Während die westlichen Mächte Frankreich, England und die USA im Auftrag der UNO couragiert dem Gaddafi-Regime in den Arm fielen, hat Deutschland erneut seiner pazifistischen Mentalität nachgegeben.

Unmoralische Zivilmacht?

Dazu hat die Bundesregierung mit ihrer Enthaltung bei der UNO-Resolution 1973 über das Flugverbot über Libyen eine neue, bislang unerwartete Stufe der Abkehr von der Gemeinsamkeit im Bündnis und in der UNO erreicht. Dabei sind – wie schon in den zwanzig Jahren zuvor – zwei Maximen deutscher Außenpolitik in Konflikt geraten: Zivilmachtanspruch gegenüber Bündnisverpflichtungen. Weil es moralisch verwerflich war, Gaddafi weiter gewähren zu lassen, anstatt ihn zu stoppen, steht Deutschland heute als unmoralische Zivilmacht da. Wäre Deutschland dagegen als verlässliche Bündnismacht seinen militärischen Pflichten nachgekommen, hätte es auch seine zivilen Ansprüche verwirklicht. Hätte es militärisch die völkerrechtlichen Forderungen der UNO, NATO und der westlichen Demokratien miterfüllt, hätte Deutschland mit eingegriffen, hätte es auch moralisch und mutig gehandelt.

Doch außenpolitische Courage ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht das Merkmal deutscher Außenpolitik ge-

worden. Vielmehr hat Deutschland viele Gelegenheiten ungenutzt verstreichen lassen, mit Mut und Opferbereitschaft für die Freiheit anderer einzustehen. Doch hat Deutschland noch nie so selbstgerecht aufgetrumpft, gegen die Partner anti-chambriert und schließlich feige weggeduckt wie in Libyen. Dieser neudeutsche Provinzialismus wird auch dadurch nicht erträglicher, dass er friedfertig daherkommt. Ein Deutschland, das sich aus der Verantwortung stiehlt, ist genauso unerwünscht und unsympathisch wie ein dominant auftretendes.

Sanfte Macht und Hartnäckigkeit

Sosehr sich Deutschland vor harter Machtausübung drückt, so innovativ und vorbildlich zeigt sich Berlin bei der Handhabung von sanfter Macht. Der Zivilmachtanspruch kann durchaus als weltpolitisch nachahmenswert angesehen werden. Deutschlands Engagement für die Armen und zu kurz Gekommenen, sein Eintreten für Umweltschutz, neue Technologien, die Ansätze zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und nicht zuletzt Deutschlands großzügige Hilfe bei (Natur-)Katastrophen haben ihm viel Sympathie in der Welt verschafft.

Deutschlands vergleichsweise sparsame Haushaltspolitik und Bundeskanzlerin Merkels umsichtiges Agieren während der nun schon mehrjährigen Finanz- und Wirtschaftskrise werden ebenfalls in weiten Teilen Europas anerkannt. Ihre Forderung nach rigorosen nationalen Sparmaßnahmen – „Wer in Europa finanzpolitisch schludert, verliert einen Teil seiner Souveränität“ – findet gerade in denjenigen EU-Staaten Zuspruch, die auf solide Haushaltsführung achten.

Merkel will bewusst nicht als Retterin Europas auftreten, sondern vor allem Deutschlands Wirtschaft und Finanzen vor Begehrlichkeiten schützen. Sie spricht im europäischen Interesse, aber sie hat dabei auch die nationalen Interessen

Deutschlands mit Blick auf Wettbewerbsfähigkeit in Europa und auf den Weltmärkten im Auge. Hätte sich Merkel sofort bereit erklärt, mit deutscher Finanzkraft für die anderen bedingungslos zu bürgen, würde sie vielleicht heute als mustergültige Europäerin gefeiert werden. Aber dann hätten die krisengeschüttelten Partner am Mittelmeer sich weniger angestrengt, um die Sparkriterien für Hilfeleistungen zu erfüllen. Dank Merkels Hartnäckigkeit müssen nun Griechenland, Italien, Spanien und Portugal Sparprogramme verwirklichen, die sie sonst nie angestrebt hätten. So führt Deutschland in der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise effektiv und geräuschlos – aus der Tiefe von hinten, nicht vordergründig auftrumpfend.

Spät, aber dann umsichtig widmet Merkel sich jetzt den ökonomischen wie auch den energiepolitischen Interessen und hat diese nicht nur bei ihren Auslandsreisen im Auge, um die Exportnation in turbulenten Zeiten der Globalisierung vorteilhaft zu positionieren.

China, Kasachstan, Südafrika, Peru, Chile und die Mongolei rücken dabei zunehmend ins Visier deutscher Außenpolitik, um zum Beispiel „Seltene Erden“ und andere Rohstoffe zu sichern. Nicht nur iPod, Plasmabildschirm und Elektromotor, sondern alle modernen Waffensysteme sind ohne diese nicht einsatzbereit.

Gemischte Bilanz

Deutschland muss angesichts dieser Herausforderungen und des neuen Selbstbewusstseins der asiatischen Länder, insbesondere Chinas und Indiens, sein verstärktes Augenmerk auf den Fernen Osten richten, wo alle Industriemächte um möglichst vorteilhafte Plätze in der klassisch-modernen Welt ringen. Auch Merkel ahnt, dass ein asiatisches Jahrhundert bevorsteht und Europa um Selbstbehauptung ringen muss.

Doch die akuten Krisen schwelen weiter: Der Balkan ist noch lange nicht befreit, Nordafrika, der Nahe und Mittlere Osten bleiben konfliktträchtige Regionen. Pakistan und Afghanistan drohen sogar im Strudel der Taliban und anderer Aufständischer zu versinken. Am Horn von Afrika bilden Islamisten und Piraten eine unheilige Allianz. Allein in der ersten Jahreshälfte 2011 wurden 266 Angriffe durch Piraten verzeichnet, zwei Drittel zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean vor Somalia. Mit der drittgrößten Handelsflotte der Welt ist Deutschland unmittelbar betroffen. Die deutsche Marine ist im Rahmen von „Atlanta“ mit 600 Soldaten am Horn präsent, um die Seewege zu sichern. Lösegelder wiederum gelangen auch in die Hände von Terroristen.

Daraus lässt sich ableiten, dass Deutschland heute nur eine gemischte Bilanz seiner Außen- und Sicherheitspolitik vorweisen kann: Sie überzeugt nur halbwegs mit Blick auf die wirtschaftspolitische Komponente von Sicherheit, der allerdings im Zeitalter von Globalisierung eine verstärkte Bedeutung zukommt.

Geostrategischer Kompass

Doch Deutschland fehlt nach wie vor ein geostrategischer Kompass zur Sicherung seiner weltweiten (ökonomischen) Interessen. Als Bundespräsident Köhler dieses Problem nach einem Besuch in Afghanistan *en passant* ansprach, wurde sein Rücktritt gefordert. Der Bundespräsident machte sich Sorgen um Deutschlands Interessen, doch kein Außenpolitiker, auch nicht in der eigenen Partei, gab ihm Rückendeckung. Noch schlimmer, ihm wurden martialische Motive untergeschoben. Entnervt und enttäuscht trat Köhler zurück. Die ungerechtfertigten Attacken auf den Bundespräsidenten und das Weggucken der Parteifreunde sind symptomatisch für die pazifistische und

provinzialistische Dominante in der außenpolitischen Kultur in Deutschland, die sich lieber an idealistischen Ideen erwärmt, als sich den harten Realitäten zu stellen: Nicht nur mit Blick auf die militärische Komponente von Sicherheit läuft Deutschland den Problemen hinterher. Auch die hochgradige Energieabhängigkeit von Russland wird nicht verringert. So könnte Deutschland Russland geradezu einladen, das Erpressungspotenzial seiner Energiedominanz eines Tages an Deutschland und der EU zu testen.

Auch das autoritäre China ist eine energiepolitische Herausforderung für die freie Welt. Lautlos, aber effektiv und zum Teil rücksichtslos beschafft sich Peking weltweit entscheidende Vorteile im „Great Game“ um neue Energiequellen.

Deutschland hat sich in diesem Ringen um energiepolitische Vorteile noch nicht positioniert. Es fehlt eine überzeugende nationale, aber auch eine gemeinsame europäische oder eine koordinierte transatlantische Strategie, weil Deutschland Sonderwege beschreitet.

Weil es auch völlig auf Nuklearenergie verzichten will, wachsen die Abhängigkeiten, schwinden die gemeinschaftsorientierten energiepolitischen Optionen. Vor einer „unverantwortlichen“ Abschaltung von Atomkraftwerken hat der französische Staatspräsident Sarkozy gewarnt. Er werde nicht zulassen, dass das „industrielle Erbe eines halben Jahrhunderts“ verspielt werde. Eine ähnliche Haltung hätte man gern von Deutschlands Politikern gehört, stattdessen verspielen sie Deutschlands Vorbildrolle als zivile Nuklearmacht, die bewusst auf militärische Optionen verzichtet hat und damit jahrzehntelang als „nukleare Zivilmacht“ Vorbildfunktion innehatte.

Weil im Nahen Osten, in Asien, in Lateinamerika energiepolitische Interessen vorhandene Konflikte verschärfen

und große sowie kleinere Mächte selbstbewusst ihre eigenen Wünsche verfolgen, steht Deutschland allein mit gut gemeinter Kooperation und multilateralen Beschwichtigungsvorschlägen auf verlorenem Posten. Deshalb muss es mehr tun, als nur seine Abhängigkeit von Energieimporten oder den Kohlendioxidausstoß zu verringern. Es muss weltpolitische Selbstbehauptung praktizieren, es muss seinen Platz machtpolitisch klug verteidigen und umsichtig ausbauen, anstatt Position um Position im Kräfteverhältnis aufzugeben.

Kluge Energiepolitik in der Welt, technologische Innovationen und eine Neubestimmung auf die Kernkraft wären deshalb gefordert. Doch seit Fukushima hat ein Tsunami der Angst in Deutschland alle nuklearen Notwendigkeiten für eine zukunftsorientierte Energie- und Umweltpolitik vom Tisch gefegt. Damit stellt sich Deutschland nach Fukushima in Gegensatz zum europäischen und weltpolitischen Trend, denn die Staatenwelt setzt weitgehend ungebrochen weiter auf Atomkraft. Doch ein unausgesprochener Pakt eines ängstlichen Pazifismus zwischen Regierung und Regierten verhindert in Deutschland eine verantwortungsbewusste und solidarische Außenpolitik, auf die auch in Zeiten der Gefahr bündnispolitisch Verlass ist.

Schrittmacher oder Geisterfahrer?

Erst die Zukunft wird zeigen, ob Deutschland eine kühne antinukleare Schrittmacherrolle einnehmen wird oder ob es als anachronistischer Angsthase nicht nur die nationale Energievorsorge gefährdet, sondern darüber hinaus auch die energiepolitische Gemeinsamkeit in Europa verhindert. Derzeit, so scheint es, ist schwer auszumachen, ob Deutschland eines Tages als Schrittmacher oder als Geisterfahrer der Nuklearpolitik in der Welt angesehen wird. Deutschland darf nicht ständig Sonderwege einschlagen und da-

mit die westliche Gemeinschaft schwächen. Weniger Abhängigkeit von Russland und eine positive Bewertung der Atomkraft würden Deutschland energiepolitisch stärken, europäisch-gemeinschaftlich aufrichten und seine weltweit führende Rolle im Bereich der Energietechnologien sichern und ausbauen. Das bleibt auch nach Fukushima gültig, zumal Japan selbst keinerlei Anstalten macht, sich von der Nuklearenergie zu trennen.

Nach wie vor mangelt es in Deutschland am Verständnis für außenpolitische Gesamtzusammenhänge. Das gilt vor allem für den Zusammenhang zwischen kluger Diplomatie und militärischen Notwendigkeiten. Diplomatie und militärischer Einsatz sind keine Gegensätze, wie der deutsche Außenminister zu suggerieren sucht. Im Gegenteil, beide müssen sich in Krisensituationen ergänzen. Weil dies in Berlin nicht akzeptiert wird, wie die gescheiterte Afghanistan-Politik zeigt, ist Deutschland nach wie vor für das neue Zeitalter der Globalisierung noch nicht gewappnet, hat Deutschland seine neue Rolle in der Welt noch nicht gefunden.

Die neue außenpolitische Priorität auf „neue Kraftzentren der Weltpolitik“ irritiert. Diese neuen, weitgehend autoritären Gestaltungsmächte zeigen nur wenig Interesse an dem, was den westlichen Demokratien weltpolitisch am Herzen liegt. Aus dem deutschen Versagen in Libyen müssen andere Lehren gezogen werden als vom Außenminister vorgeschlagen: Für Deutschland kommt es zuallererst darauf an, dass die bewährten Partner und Institutionen nicht erneut

vor den Kopf gestoßen werden. Zu Recht mahnte Alt-Bundeskanzler Kohl: „Wir müssen aufpassen, dass wir dringend zu alter Verlässlichkeit zurückkehren und deutlich machen, wo wir stehen und wo wir hinwollen, dass wir wissen, wo wir hingehören, und eine gemeinsame Linie finden und dann auch stehen bleiben, wenn uns der Wind einmal ins Gesicht bläst.“

Der polnische Außenminister Sikorsky hat jüngst die deutschen außenpolitischen Eliten so vorbehaltlos kritisiert, wie es kein befreundeter Außenminister zuvor bislang gewagt hat: „Ich fürchte mich weniger vor Deutschlands Macht, sondern beginne, mich vor Deutschlands Untätigkeit zu fürchten!“

Diese in der deutschen Geschichte beispiellose außenpolitische Passivität bedroht mittlerweile die Interessen und die Weltgeltung unseres Landes wie selten zuvor. Eine selbstkritische Diskussion in Öffentlichkeit und Reichstag über Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt ist deshalb überfällig. Deutschland muss mehr selbst gestalten und aktiver werden. Berlin muss neue Leitideen entwickeln, die allerdings klug in Balance zum europäischen Gemeinschaftsinteresse verfolgt werden müssen.

Nur eine Zivilmacht Deutschland, die auch Zivilcourage zeigt, die die Bündnisstrategie inspiriert und eigene strategische Gestaltungskraft entwickelt, kann wieder zum Stabilitätsanker einer postmodernen europäisch-atlantischen Welt werden, die auch die Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts zu meistern in der Lage ist.

**Einem Teil dieser Auflage
liegt ein Flyer der „Don Bosco Mondo Jugendhilfe weltweit“ bei.**